



Qualität, die bewegt!

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) der Dietmar Floßdorf GmbH & Co. KG - Stand: 20.10.2025

1. Allgemeiner Teil:

- Bitte senden Sie die gestempelte und unterschriebene Auftragsbestätigung an info@flossdorf.com zurück.
- Rechnungen werden nur in digitaler Form (PDF-Datei) akzeptiert. Diese muss bitte an rechnung@flossdorf.com gesendet werden.

2. Preise und Gültigkeit:

- Alle genannten Preise verstehen sich als Netto-Entgelte gemäß dem MwSt.-Gesetz. Sie sind freibleibend bis zum endgültigen Abschluss und basieren auf unseren Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-BSK Stand 16.11.2020). Die AGBs stehen auf unserer Website www.flossdorf.com zum Download verfügbar.

3. Einsatzzeit und Berechnung:

- Bei Vermietung desselben Krans auf derselben Baustelle für mehrere Tage werden immer mindestens 8,0 Stunden je Tag berechnet.
- Die reservierte und bestellte Einsatzzeit ist verbindlich und wird entsprechend in Rechnung gestellt.
- Abzüge für Pausen werden erst ab einer Arbeitszeit von mehr als 6,0 Stunden akzeptiert.
- Abweichungen der Mindesteinsatzzeiten (MEZ) sind möglich, sofern sie ausschließlich von uns so angeboten oder in der Auftragsbestätigung so niedergeschrieben sind.

4. Projektplanung / Besichtigungen:

- Die Projektplanung/Besichtigung der Baustelle und des Kranstellplatzes wird mit einer Pauschale von mind. 150,00 € berechnet.
- Trotz einer erfolgten Besichtigung durch einen unserer technischen Außendienstmitarbeiter können wir keine Garantie für einen reibungslosen Einsatz übernehmen, insbesondere, wenn z.B. die Wetterbedingungen die Voraussetzungen für einen Einsatz beeinflusst oder gar verändert haben. In diesen Fällen weisen wir jegliche Regressansprüche von uns.

5. Zusätzliche Kosten:

- Nicht in den Kosten enthalten sind generell Erfüllung behördlicher Auflagen, Kosten für Polizei-/ BF-4 Begleitungen, verkehrslenkende Maßnahmen, Brückenexpertisen und Fahrgenehmigungen.

- Eventuelle Ausbildungen, Unterweisungen und/oder Belehrungen werden als Arbeitszeit berechnet.
- Bei mehrtägigen Einsätzen wird Ihnen einen Fahrertransfer berechnet. Die Pauschale richtet sich nach der Entfernung zum Einsatzort, jedoch mind. 50,00 € je Transfer.
- Überstundenzulage, Nachtzulage, Samstagszulage sowie Sonn-/Feiertagszulage werden gemäß der angegebenen Zulagentabelle unter dem Punkt 15 und 17 berechnet.
- Mautkosten werden nach Entfernungskilometer ab und bis zu dem Betriebssitz der Dietmar Floßdorf GmbH & Co. KG berechnet und je Fahrzeug. Es fallen mind. 50,00 € je Fahrzeug an.
- Kosten für eine Rechnungsumschreibung werden Ihnen mit 25,00 € berechnet.

6. Haftung und Schadensregelung:

- Der Kranführer arbeitet ausschließlich nach erhaltenen Anweisungen.
- Zufahrtswege und Arbeitsplatz müssen frei von Hindernissen sein.
- Bauseits muss die Zufahrt und die Kranstellfläche ausreichend befestigt sein und es muss mind. eine Achslast von 12,0 t. sowie die Stützdrücke der unter Punkt 15, bzw. 17 aufgeführten Tabelle gewährleistet sein.
- Bei Einsätzen von Großkränen (bspw. 300 t. – 800 t.) müssen Zufahrtswege mind. 4,0 m breit sein und 16,0 t. Achslast gewährleisten.
- Sperrungen und Beschilderungen des Kranstellplatzes werden bauseits oder durch eine Verkehrsabsicherungsfirma durchgeführt.
- Für Schäden an der Zufahrt und Druckschäden im Kranstellplatzbereich, auch für Schäden an nicht erkennbaren Rohrleitungen, Elektroleitungen, Kanaldeckeln, Hohlräumen und ähnlichem, übernehmen wir keine Haftung.
- Es gilt Haftungsausschluss für Schäden bei Bergungseinsätzen.
- Für Ausfälle durch technische Defekte/Schäden an unseren Geräten und oder Fahrzeugen, übernehmen wir keine Haftung. Hierdurch anfallende Kosten gehen nicht zu unseren Lasten.

7. Genehmigungen und Wartezeiten:

- Muss der Autokran auf öffentlicher Fläche aufgebaut werden, muss bauseits hierfür eine behördliche Genehmigung vor Einsatzbeginn vorliegen. Liegt uns diese vor dem Einsatztermin nicht vor, können wir keine Arbeiten durchführen. Kosten in Höhe des vereinbarten Auftragsvolumens werden Ihnen zu 100% berechnet!
- Für die Einholung von behördlichen Genehmigungen sollten mindestens 2 - 4 Wochen eingeplant werden.
- Voraussetzung der Auftragserfüllung ist die rechtzeitige Erteilung der Genehmigung und die Einhaltung der darin geforderten Auflagen.



Qualität, die bewegt!

- Sofern die Genehmigungsgebühren höher als ausgewiesen anfallen, behalten wir uns eine entsprechende Anpassung, auch im Nachgang, zzgl. einer Bearbeitungsgebühr von mind. 100,00 € vor.
- Wartezeiten, die nicht durch uns zu vertreten sind, werden dem Auftraggeber in Rechnung gestellt.

8. Hindernisse und Unvorhergesehenes:

- Für Hindernisse durch behördliche Auflagen, unvorhersehbare Ereignisse durch z.B. Unfälle, Staus und oder technische Defekte an unseren Geräten sind wir generell nicht haftbar zu machen.
- Wartezeiten aufgrund von Verkehr, Unfällen, Staus, schlechte Wetterverhältnisse etc. gehen generell zu Lasten des Auftraggebers.

9. Öffnungs- / und Dispositionszeiten:

- Unsere Öffnungs- / Dispositionszeiten sind von Montag bis Freitag von 08:00 – 17:00 Uhr.

10. Stornierungen, Verschiebungen und Änderungen:

- Bei Auftragsstornierungen und Auftragsverschiebungen gelten Gebühren entsprechend dem geplanten Auftragsvolumen - **bis 2 Werktage vor Einsatzbeginn 50 %, danach 100 %**.
- Bei Abweichungen der vereinbarten Einsatzzeiten behalten wir uns das Recht vor die eingesetzten Geräte von der Baustelle abziehen. Die Kosten für ein erneutes Anfahren zum Einsatzort sowie Rüstzeiten der Geräte werden dem Auftraggeber erneut in Rechnung gestellt.

11. Anschläger / Einweiser:

- Das Anschlagen der Lasten erfolgt durch und in Verantwortung des Auftraggebers.
- Bei gestellten Anschlägern/Einweisern durch den Auftraggeber erfolgt keine Haftung durch die Dietmar Floßdorf GmbH & Co. KG.
- Der Auftraggeber hat sicherzustellen, dass von ihm gestellte Anschläger, Einweiser bzw. Koordinatoren für die an sie gestellten Aufgaben geeignet und unterwiesen sind.
- Anschläger/Einweiser, die durch die Dietmar Floßdorf GmbH & Co. KG gestellt werden, kosten mind. 75,00 €/Std.

12. Rückgabe von Lastaufnahmemitteln und Zurrmaterial:

- Gestellte Lastaufnahmemittel und Zurrmaterial müssen unbeschädigt zurückgegeben werden.
- Beschädigte Zubehöerteile werden dem Auftraggeber generell in Rechnung gestellt.

13. Verantwortlichkeiten im öffentlichen Straßenverkehr:

- Gesetzliche Sperrzeiten für Schwerlasttechnik: Montag bis Freitag von 06:00 Uhr bis 09:00 Uhr und von 16:00 Uhr bis 19:00 Uhr. Diese können durch Änderungen oder behördliche Auflagen abweichen.
- Wartezeiten des Personals in der Sperrzeit werden dem Auftraggeber in Rechnung gestellt.

14. Zugbereitschaft und Ankunftszeiten:

- Termine mit bestellter Zugbereitschaft erfordern, dass der Auftraggeber alle notwendigen Maßnahmen zum Befahren und Aufbauen der Geräte vor Einsatzbeginn durchgeführt hat.
- Der Auftraggeber ist verpflichtet einen seiner Mitarbeiter zur Einweisung unserer eingesetzten Geräte vor Ort bereitzustellen.
- Entstandene Wartezeiten aus oben genannten Gründen werden dem Auftraggeber in Rechnung gestellt.
- Ankunfts- / und Zugbereitschaftszeiten sind circa Zeiten, da Straßen- und Witterungsverhältnisse eine Rolle spielen. Bei der in der Auftragsbestätigung genannten Ankunfts- / Einsatzzeiten oder Zugbereitschaften handelt es sich nur um annähernde Angaben. Wir geben keine Garantie für Pünktlichkeit aufgrund von Straßen, Witterungs- oder technischen Problemen.
- Wir lehnen jegliche Regressansprüche aufgrund evtl. Verspätungen ab.

15. Tabellenverzeichnis:

- Auf der dritten und vierten Seite (S. 3,4) unter dem Punkt 17 unserer eigenen AGBs finden Sie folgende Tabellen mit der Bitte um Beachtung:

1. Mindestberechnungen für Arbeitszeiten unserer Krane (in Stunden) – Tabelle 1
2. Verrechnungssätze und Zulagen – Tabelle 2
3. Stützdrucktabelle nach Krantyp – Tabelle 3



Qualität, die bewegt!

16. Schlussbestimmungen:

- Diese AGB gelten für alle Verträge zwischen dem Unternehmen Dietmar Floßdorf GmbH & Co. KG und dem Auftraggeber, welcher in der Auftragsbestätigung angegeben ist.
- Gerichtsstand ist der Sitz des Unternehmens.
- Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

17. Tabellenverzeichnis laut vorstehender Kennziffer 15.:

1. Mindestberechnungen für Arbeitszeiten unserer Krane (in Stunden)

	Krangröße	Wochentage (Mo. - Fr.)	Wochenende (Sa. - So.)
Mindestberechnung für Arbeitszeiten	30 to. - 60 to.	4,0 Stunden	6,0 Stunden
Mindestberechnung für Arbeitszeiten	70 to. - 90 to.	5,0 Stunden	6,0 Stunden
Mindestberechnung für Arbeitszeiten	100 to. - 150 to.	6,0 Stunden	8,0 Stunden
Mindestberechnung für Arbeitszeiten	160 to. - 300 to.	8,0 Stunden	8,0 Stunden
Mindestberechnung für Arbeitszeiten	350 to. - 800 to.	8,0 Stunden	8,0 Stunden
Mindestberechnung für Arbeitszeiten	Mobilbaukrane	8,0 Stunden	8,0 Stunden

Tabelle 1

2. Verrechnungssätze und Zulagen

- Verrechnungssätze basieren auf Normalarbeitszeiten von Montag bis Freitag 07:00 - 17:00 Uhr.
- Zulagen gelten für Überstunden, Nacharbeit, Samstags- und Sonn-/Feiertagsarbeit gemäß der angegebenen Zulagentabelle.

	Zeitraum	Uhrzeit	€ / Std.
Überstundenzulage	Mo. - Fr.	17:00 - 20:00 Uhr	23,00 € / Stunde
Nachzulage	Mo. - Fr.	20:00 - 07:00 Uhr	30,00 € / Stunde
Samstagszulage	Samstags	00:00 - 24:00 Uhr	35,00 € / Stunde
Sonn,- und Feiertagszulage	So. & Feiertags	00:00 - 24:00 Uhr	60,00 € / Stunde

Tabelle 2



Qualität, die bewegt!

3. Stützdrucktabelle nach Krantyp

Krantyp:	Max. Stützdruck:	Krantyp:	Max. Stützdruck:	Krantyp:	Max. Stützdruck:	Krantyp:	Max. Stützdruck:
30 to	26 to	60 to	45 to	130 to	80 to	350 to	136 to
35 to	33 to	70 to	55 to	150 to	82 to	400 to	160 to
40 to	32 to	80 to	55 to	160 to	93 to	500 to	206 to
45 to	45 to	90 to	65 to	200 to	115 to	750 to	200 to
50 to	48 to	95 to	71 to	220 to	120 to		
55 to	50 to	100 to	75 to	250 to	131 to		

Tabelle 3



Qualität, die bewegt!

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN DER BUNDESFACHGRUPPE SCHWERTRANSPORTE UND KRANARBEITEN Kran + Transport 2020 (AGB-BSK Kran + Transport 2020) (Stand 16.11.2020)

I. ALLGEMEINER TEIL

1. Anwendungs-/Geltungsbereich und wesentliche Vertragspflichten

1.1. Anwendungs-/Geltungsbereich

Allen unseren Kran- und Transportleistungen sowie Grobmontagen liegen die nachstehenden Bedingungen zugrunde, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen (z. B. HGB oder CMR, CMNI/CLNI, CIM/COTIF, MÜ/WA, jeweils in der neuesten Fassung [n. F.]).

1.2. Wesentliche Vertragspflichten

Die wesentlichen Vertragspflichten des Auftragnehmers ergeben sich aus den Ziffern 2 bis 4 dieser Bedingungen. Dies sind die Verpflichtungen, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf. Auch die Mitwirkungspflichten des Auftraggebers in den Ziffern 18 bis 22 sind solche wesentlichen Vertragspflichten.

2. Kranleistungen im Sinne dieser Bedingungen werden in zwei Leistungstypen erbracht:

2.1. Leistungstyp 1 – Krangestellung

Krangestellung bezeichnet die Überlassung von Hebezeugen samt Bedienungspersonal an den Auftraggeber zur Durchführung von Arbeiten nach dessen Weisung und Disposition.

2.2. Leistungstyp 2 – Kranarbeit

Kranarbeit ist Güterbeförderung, insbesondere das Anheben, Bewegen und die Ortsveränderung von Lasten und/oder Personen zu Arbeitszwecken mit Hilfe eines Hebezeuges, und bezeichnet die Übernahme eines oder mehrerer vereinbarter Hebemanöver durch den Auftragnehmer nach dessen Weisung und Disposition. Hierzu zählt insbesondere auch der isolierte Schwergutumschlag mit Hilfe eines Kranes.

3. Transportleistungen

Transportleistung im Sinne dieser Geschäftsbedingungen ist die gewerbsmäßige Beförderung von Gütern sowie die Bewegung oder Ortsveränderung von Gütern insbesondere mittels besonderer Transporthilfsmittel wie z.B. Schwerlastroller, Panzerrollen, Wälzwagen, Hebeböcke, Luftkissen, hydraulischen Hubgerüsten und Hubportalen, o. ä. (sog. Flur- und Quertransporte), einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden transportbedingten Zwischenlagerung. Schwergut wird regelmäßig unverpackt und unverplant transportiert. Das Verpacken und Verplanen des

Ladegutes sowie Laden, Stauen und Zurren und das Entladen schuldet der Auftragnehmer – außer bei Seefracht – nur, wenn dies vereinbart ist. Bei Schiffsbeförderungen ist der Auftraggeber mit offener Decksverladung einverstanden.

4. Grobmontagen und -demontagen, sonstige Zusatzleistungen

4.1. Grobmontagen und -demontagen

Diese sind, sofern vereinbart, Bestandteile der Kran- oder Transportleistung. Darunter fällt das Zusammenfügen oder Zerlegen sowie das Befestigen oder Lösen des Ladegutes für Zwecke der Transportvorbereitung oder -abwicklung. Für darüber hinausgehende Montageleistungen (Endmontage, Probelauf, Feinjustierungen etc.) gelten die BSK-Montagebedingungen jeweils n. F.

4.2. Zusatzleistungen

Dies sind alle gesondert zu vergütenden Leistungen, die nicht direkt zu den wesentlichen Vertragspflichten gehören, das gesamte Leistungsspektrum jedoch abdecken, wie z. B. alle verkehrslenkenden Maßnahmen, bauliche Veränderungen oder statische Berechnungen von Verkehrswegen, Streckenprüfungen, Polizeibegleitungen.

5. Einsatzstellenbesichtigung

Ergebnisse von Einsatzstellenbesichtigungen und besondere Vereinbarungen, z. B. über Be- und Entladeort, Kranstandplatz, sollen von den Parteien protokolliert werden.

6. Auflösende Bedingungen des Vertrages – öffentlich-rechtliche Erlaubnisse und Genehmigungen

Die Durchführung von Großraum- und Schwertransporten sowie Kranverbringungen im öffentlichen Straßenverkehr bedarf der Erlaubnis oder Genehmigung der zuständigen Behörde, insbesondere gemäß §§ 29 III und 46 I Nr. 5 StVO sowie § 70 I StVZO und gegebenenfalls weiterer Sondernutzungsgenehmigungen nach Straßen- und Wegerecht sowie anderer notwendiger öffentlich-rechtlicher Genehmigungen. Die unter diesen Bedingungen geschlossenen Verträge sind auflösend bedingt und enden, sofern die Erlaubnis oder Genehmigung durch die zuständige Behörde versagt wird. Vergütungsansprüche für die bis dahin erbrachten Leistungen bleiben davon unberührt.

7. Verkehrslenkende Maßnahmen und Nebenbestimmungen

Sofern verkehrslenkende Maßnahmen (Polizeibegleitung, Hilfspolizei, Verwaltungshelfer, beliehene Unternehmen etc.) oder sonstige Auflagen und Nebenbestimmungen zur Aufrechterhaltung der



Qualität, die bewegt!

Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs und/oder zum Schutz der Straßenbausubstanz behördlich verfügt werden, stehen die unter diesen Bedingungen geschlossenen Verträge auch unter der auflösenden Bedingung der rechtzeitigen Verfügbarkeit der Sicherungskräfte und der rechtzeitigen Umsetzbarkeit der behördlichen Sicherungsmaßnahmen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die notwendigen behördlichen Erlaubnisse und Genehmigungen rechtzeitig nach den einschlägigen Verwaltungsvorschriften zu beantragen und den Auftraggeber unverzüglich über solche Auflagen und Nebenbestimmungen zur Transportdurchführung zu informieren, die den Transportablauf erschweren oder behindern könnten. Es gilt hierzu das BSK-Merkblatt: „Verkehrslenkende Maßnahmen“ jeweils n. F.

8. Nachunternehmer und Wechsel des Verkehrsträgers

Der Auftragnehmer ist berechtigt, andere Unternehmen und/oder Verkehrsträger zur Erfüllung der vertraglich übernommenen Verpflichtung einzuschalten, sofern nichts anderes vereinbart wurde.

9. Vertragsbeendigung

Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich unter Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom Vertrag zu lösen, wenn nach sorgfältiger Prüfung vor oder während des Einsatzes von Fahrzeugen, Geräten oder Arbeitsvorrichtungen aller Art und trotz aller zumutbaren Anstrengungen zur Schadensverhütung wesentliche Schäden an fremden und/oder eigenen Sachen und/oder Vermögenswerten bzw. Personenschäden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu vermeiden sind. Der Ausschluss der Schadenersatzansprüche entfällt, wenn der Auftragnehmer die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns (Frachtführers) nicht beachtet hat. Im Fall des Rücktritts wird bei Kranleistungen das Entgelt anteilig berechnet, bei Transportleistungen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

10. Regelungen zu unvermeidbaren Leistungshindernissen, witterungsbedingte Unterbrechungen

Der Auftragnehmer ist berechtigt, den Einsatz bei Gefahr für Ausrüstung, Ladegut, Personal und/oder Dritte sofort zu unterbrechen. Er verliert seinen Anspruch auf Entgelt nicht bei höherer Gewalt oder wenn die Hemmnisse trotz zumutbarer Anstrengungen und äußerster Sorgfalt nicht abwendbar waren. Witterungsbedingte Unterbrechungen mindern den Anspruch auf Entgelt nicht.

11. Umfang der Leistung

Maßgebend für die Leistung des Auftragnehmers sind der Kran-, Krangestellungs- oder Transportvertrag bzw. die Vereinbarungen im internationalen Frachtbrief. Der Auftragnehmer schuldet das jeweils für die einzelnen Leistungen nach den Ziffern 2 bis 4 Erforderliche. Darüberhinausgehende Leistungen oder Tätigkeiten im weiteren Sinne sind entweder zu vereinbaren oder nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen im Wege von Vertragsänderungen neuer Inhalt des Vertrages. Nur wenn es vereinbart ist, stellt der

Auftragnehmer darüber hinaus auch notwendiges Anschlag-, Einweis- und sonstiges Personal auf Kosten des Auftraggebers. Darüber hinaus informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber über die relevanten Gerätedaten, wie z. B. Rad-, Ketten- und Stützdrücke und die hieraus auftretenden Bodenbelastungen.

II. BESONDERER TEIL

1. Abschnitt Krangestellung

12. Pflichten des Auftragnehmers und Haftung

Der Auftragnehmer schuldet die Überlassung eines für den Auftrag geeigneten Hebezeuges, das nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und den geltenden Regeln der Technik und des Arbeitsschutzes geprüft sowie betriebsbereit ist. Der Auftragnehmer schuldet weder das Anschlagen der Last noch die Gestellung geeigneter Anschlagmittel, wie z. B. Anschlagketten, -seile, Hebebänder, es sei denn, dies ist ausdrücklich anders vereinbart. Für das überlassene Personal haftet der Auftragnehmer nur im Rahmen der geltenden Grundsätze zum Auswahlverschulden. Außer im Falle offenkundiger Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, die vom Auftraggeber zu machenden Angaben, insbesondere zu Gewicht, Maßen, Mengen und sonstigen relevanten Besonderheiten der zu befördernden Lasten, nachzuprüfen oder zu ergänzen.

12.1. Haftungsausschluss

Eine Haftung, insbesondere für die nicht rechtzeitige Gestellung, ist ausgeschlossen bei höherer Gewalt, Unruhen, kriegerischen oder terroristischen Akten, Streik und Aussperrung, Blockaden von Beförderungswegen, witterungsbedingten Umständen, Straßensperrung sowie sonstigen unvorhersehbaren, unabwendbaren und schwerwiegenden Ereignissen.

12.2. Haftungsbegrenzung

Außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit des Auftragnehmers und seiner Erfüllungsgehilfen ist die Haftung des Auftragnehmers, insbesondere bei nicht rechtzeitiger Gestellung, begrenzt auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden. Diese Haftungsbegrenzung gilt nicht für die Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit von Personen.

2. Abschnitt Kranarbeit und Transportleistungen

13. Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm erteilten Aufträge mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und technischen Möglichkeiten unter Beachtung der einschlägigen Regeln der Technik ordnungsgemäß und fachgerecht auszuführen.

14. Auswahl von Transportmittel, Hebezeug und Personal

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, insbesondere geeignete



Qualität, die bewegt!

Transportmittel und Hebezeuge, die betriebsbereit, betriebssicher und nach den geltenden Bestimmungen geprüft sind, zum Einsatz zu bringen. Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragnehmer, insbesondere geeignetes Bedienungspersonal (Kranführer und Kraftfahrer), dass mit der Bedienung des Transportmittels bzw. des Hebezeuges vertraut ist, einzusetzen.

15. Haftung des Auftragnehmers

15.1. Grundregelung

Es gelten in diesem Abschnitt die gesetzlichen Vorschriften über das Frachtgeschäft. Die Haftung des Auftragnehmers während der Obhut ist für Güterschäden – außer in Fällen des qualifizierten Verschuldens gemäß § 435 HGB – begrenzt auf 8,33 Sonderziehungsrechte (SZR) je Kilogramm des beschädigten oder in Verlust gegangenen Gutes. Bei Seebeförderung haftet der Auftragnehmer für Güterschäden mit 2 SZR pro Kilogramm Rohgewicht der Sendung oder maximal 666,67 SZR pro Packstück oder Einheit, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Bei nationalen Binnenschiffstransporten haftet der Auftragnehmer mit maximal 2 SZR pro Kilogramm Rohgewicht der Sendung. Entsprechendes gilt bei Multimodaltransporten mit Schiffsbeförderungsanteil, wenn der Schadensort unbekannt ist.

15.2. Haftungserweiterungen zugunsten des Auftraggebers

Zugunsten des Auftraggebers haftet der Auftragnehmer in Abweichung von Ziffer 15.1 für Güterschäden bis zum Betrag von 600.000,00 € sowie für sonstige Vermögensschäden, für die dem Grunde nach gesetzlich gehaftet wird, bis zum Betrag von 125.000,00 €, jeweils pro Schadenereignis unter Wegfall der summenmäßigen Haftungsbegrenzungen. Für darüber hinausgehende Schadensbeträge gelten die gesetzlichen Vorschriften.

15.3. Haftungsausschlüsse bei Seebeförderungen und internationalen Binnenschiffbeförderungen

15.3.1 Seebeförderung

Gemäß § 512 Abs. 2 Nr. 1 HGB ist vereinbart, dass der Auftragnehmer in seiner Stellung als Verfrachter ein Verschulden seiner Leute und der Schiffsbesatzung nicht zu vertreten hat, wenn der Schaden durch ein Verhalten bei der Führung oder der sonstigen Bedienung des Schiffes, jedoch nicht bei der Durchführung von Maßnahmen, die überwiegend im Interesse der Ladung getroffen wurden, oder durch Feuer oder Explosion an Bord eines Schiffes entstanden ist.

15.3.2. Internationale Binnenschiffbeförderungen

Der Auftragnehmer als Frachtführer oder ausführender Frachtführer haftet gemäß Artikel 25 Abs. 2 CMNI auch nicht, wenn der Schaden – durch eine Handlung oder Unterlassung des Schiffsführers, Lotsen oder sonstiger Personen im Dienste des Schiffes oder eines Schub- oder Schleppbootes bei der nautischen Führung oder der Zusammenstellung oder Auflösung eines Schub- oder Schleppverbandes verursacht wurde, vorausgesetzt, der Frachtführer hat seine Pflichten nach Artikel 3 Absatz 3 CMNI hinsichtlich der

Besatzung erfüllt, es sei denn, die Handlung oder Unterlassung wird in der Absicht, den Schaden herbeizuführen, oder leichtfertig und in dem Bewusstsein begangen, dass ein solcher Schaden mit Wahrscheinlichkeit eintreten werde;

– durch Feuer oder Explosion an Bord des Schiffes verursacht wurde, ohne dass nachgewiesen wird, dass das Feuer oder die Explosion durch ein Verschulden des Frachtführers, des ausführenden Frachtführers, oder ihrer Bediensteten oder Beauftragten oder durch einen Mangel des Schiffes verursacht wurde,

- auf vor Beginn der Reise bestehende Mängel seines oder eines gemieteten oder gecharterten Schiffes zurückzuführen ist, wenn er beweist, dass der Mangel trotz Anwendung gehöriger Sorgfalt vor Beginn der Reise nicht zu entdecken war.

15.4. Haftungsbegrenzungen

Im Übrigen, außerhalb der Obhut des Auftragnehmers sowie für sonstige Pflichtverletzungen gilt: Außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit des Auftragnehmers und seiner Erfüllungsgehilfen ist die Haftung des Auftragnehmers der Höhe nach beschränkt auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden. Diese Haftungsbegrenzung gilt nicht für die Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit von Personen.

16. Höherwertdeklaration

Sofern der Auftraggeber einen höheren Betrag als in Ziffer 15.2 wünscht, so ist vor Auftragserteilung eine ausdrückliche Vereinbarung darüber zu treffen und der Auftragnehmer ist berechtigt, die Kosten einer entsprechenden Versicherung für die höhere Haftung dem Auftraggeber in Rechnung zu stellen.

17. Versicherung des Gutes

17.1. Verlangen nach Güterversicherung

Zur Versicherung des Gutes ist der Auftragnehmer nur verpflichtet, soweit ein ausdrücklicher schriftlicher Auftrag dazu unter Angabe des Versicherungswertes und der zu deckenden Gefahren vorliegt. Die bloße Wertangabe ist nicht als Auftrag zur Versicherung zu verstehen.

17.2. Besondere Regelungen bei Güterversicherung

Durch die Entgegennahme des Versicherungsscheines (Police) übernimmt der Auftragnehmer nicht die Pflichten, die dem Auftraggeber als Versicherungsnehmer obliegen, jedoch hat der Auftragnehmer alle üblichen Maßnahmen zur Erhaltung des Versicherungsanspruches zu treffen.

17.3. Vereinbarung üblicher Versicherungsbedingungen

Mangels abweichender schriftlicher Vereinbarungen versichert der Auftragnehmer zu den an seinem Firmensitz üblichen Versicherungsbedingungen auf Kosten des Auftraggebers.

3. Abschnitt Pflichten des Auftraggebers und Haftung



Qualität, die bewegt!

18. Allgemeine Pflichten des Auftraggebers und Mitwirkung des Auftragnehmers

Der Auftraggeber hat alle technischen Voraussetzungen, die für die ordnungsgemäße und gefahrlose Durchführung des Auftrages erforderlich sind, auf eigene Rechnung und Gefahr zu schaffen und während des Einsatzes aufrechtzuerhalten. Insbesondere ist der Auftraggeber verpflichtet, das zu behandelnde Gut in einem für die Durchführung des Auftrages bereiten und geeigneten Zustand zur Verfügung zu halten. Der Auftraggeber ist außerdem verpflichtet, die Maße, Gewichte und besonderen Eigenschaften des Gutes (z. B. Schwerpunkt, Art des Materials) sowie im Falle von Kranleistungen die Anschlagpunkte rechtzeitig und richtig anzugeben. Der Auftraggeber schuldet das Anschlagen der Last und stellt die geeigneten Anschlagmittel, soweit nichts anderes vereinbart ist. Insbesondere hat der Auftraggeber umfassend sein Sonderwissen sowie nicht allgemein bekannte Informationen (nebst Unterlagen und Dokumenten) schriftlich weiterzugeben. Angaben und Erklärungen Dritter, deren sich der Auftraggeber zur Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen bedient, gelten als Eigenerklärungen des Auftraggebers. Der Auftragnehmer hat, soweit erforderlich, über die in Ziffer 11 geregelten Informationspflichten hinaus den Auftraggeber zu unterstützen und dazu die in den nachfolgenden Ziffern geregelten einzelnen Mitwirkungshandlungen zu erbringen.

19. Besondere Pflichten betreffend Zufahrten

Der Auftraggeber hat die zum Befahren von fremden Grundstücken, nicht öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen erforderlichen Zustimmungen der Eigentümer zu besorgen und den Auftragnehmer von Ansprüchen Dritter, die sich aus einer unbefugten Inanspruchnahme eines fremden Grundstückes ergeben können, freizustellen. Der Auftraggeber trägt das Risiko der Baustraßenanbindung aufgrund der ihm obliegenden Verkehrssicherungspflicht.

20. Besondere Pflichten bezüglich Bodenverhältnissen, Zuwegungen, Kranarbeitsplatz, Einsatzstelle

20.1. Bodenverhältnisse am Einsatzort und Zuwegungen

Der Auftraggeber ist dafür verantwortlich, dass die Boden-, Platz- und sonstigen Verhältnisse an der Einsatzstelle sowie den Zuwegungen – ausgenommen öffentliche Straßen, Wege und Plätze – eine ordnungsgemäße und gefahrlose Durchführung des Auftrages gestatten. Hierbei hat der Auftragnehmer mitzuwirken und die in Ziffer 11 geregelten Mitwirkungshandlungen zu erbringen.

20.2. Hinweis auf besondere Risiken

Der Auftraggeber hat stets auf besondere Risiken hinzuweisen und diese entweder selbst zu beseitigen oder beseitigen zu lassen, soweit sie aus der Sphäre des Auftraggebers stammen. Insbesondere hat der Auftraggeber die Angaben zu machen, die notwendig sind, damit der Auftragnehmer die besonderen Erfordernisse hinreichend beurteilen kann.

20.3. Bodenbeschaffenheit

Der Auftraggeber ist dafür verantwortlich, dass die Bodenverhältnisse am Be- und Entladeort bzw. an der Einsatzstelle sowie an den Zuwegungen den auftretenden Bodendrücken und sonstigen Beanspruchungen gewachsen sind. Gegebenenfalls hat der Auftragnehmer auch Hinweise zu Möglichkeiten der Bodenuntersuchung bei unbekannter Bodenbeschaffenheit sowie Hinweise zur Ermöglichung der Bodenbeschaffenheit für einen sicheren Betrieb zu geben. Der Auftragnehmer hat auch sonstige geeignete Hinweise zu geben, die ihm als Betreiber typischerweise bekannt sind, soweit der Auftraggeber dieser erkennbar bedarf.

20.4. Baufeld

Hinsichtlich der Einsatzstelle und Zuwegung hat der Auftraggeber, soweit nötig, in Abhängigkeit insbesondere von den mitgeteilten Rad-, Ketten- und Stützdrücken, das mögliche Baufeld in einem geeigneten Umfang herzustellen. Sofern der Auftragnehmer vom vereinbarten, angewiesenen oder erkennbaren Baufeld abweichende Stellplätze nutzen will, hat er den Auftraggeber insoweit hinzuzuziehen und die Geeignetheit im Zusammenwirken mit dem Auftraggeber festzustellen.

20.5. Schächte, Hohlräume oder andere nicht erkennbare Hindernisse

Der Auftraggeber ist verantwortlich für alle Angaben über unterirdische Kabelschächte, Versorgungsleitungen, sonstige Erdleitungen und Hohlräume, die die Tragfähigkeit des Bodens an der Einsatzstelle oder den Zuwegungen beeinträchtigen könnten. Auf die Lage und das Vorhandensein von Frei- und Oberleitungen, unterirdischen Kabeln, Leitungen, Schächten und sonstigen Hohlräumen oder auf andere nicht erkennbare Hindernisse, die die Stand- und Betriebssicherheit der Fahrzeuge und eingesetzten Geräte am Einsatzort beeinträchtigen könnten, hat der Auftraggeber hinzuweisen. Der Auftragnehmer weist ausdrücklich auf typische, in der konkreten Lage auftretende Risiken hin, wie Schächte oder Hohlräume bei öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, soweit der Auftraggeber erkennbar solcher Hinweise bedarf oder diesbezüglich ausdrücklich fragt. Auf besondere Gefährdungslagen, die sich bei Durchführung der Kran- oder Transportleistung hinsichtlich des zu befördernden Gutes und des Umfeldes ergeben können (z.B. Gefahrgut, Kontaminationsschäden) hat der Auftraggeber hinzuweisen. Der Auftragnehmer hat auch hierbei die ihm als Betreiber möglichen Hinweise, z. B. auf ihm bekannte typische und besondere Risiken, zu geben, soweit dem Auftraggeber diese nicht erkennbar bekannt sind.

20.6. Angaben des Auftraggebers

Unter Beachtung des Vorstehenden darf sich der Auftragnehmer auf jedwede Angaben des Auftraggebers hinsichtlich der Bodenverhältnisse verlassen und ist nicht zur Nachprüfung der zur Verfügung gestellten Informationen verpflichtet, es sei denn, es liegt eine offensichtliche Fehlerhaftigkeit oder Unvollständigkeit vor oder aus der Natur der Sache ergibt sich, dass Besonderheiten der Bodenverhältnisse vorliegen.



Qualität, die bewegt!

21. Weisungen des Auftraggebers

Der Auftraggeber darf nach Auftragserteilung ohne Zustimmung des Auftragnehmers dem von ihm eingesetzten Personal keine Weisungen erteilen, die von den vertraglichen Vereinbarungen in Art und Umfang abweichen oder dem Vertragszweck zuwiderlaufen.

22. Haftung des Auftraggebers

Verletzt der Auftraggeber schuldhaft die vorgenannten Verpflichtungen, insbesondere seine Vorbereitungs-, Hinweis- und Mitwirkungspflichten, so haftet er gegenüber dem Auftragnehmer für jeden daraus entstehenden Schaden. Die Vorschrift des § 414 Absatz 2 HGB bleibt hiervon unberührt. Von Schadensersatzansprüchen Dritter, die aus der Verletzung der Pflichten des Auftraggebers herrühren, hat er den Auftragnehmer freizustellen. Für den Fall der Inanspruchnahme des Auftragnehmers nach dem Umweltschadengesetz oder anderen vergleichbaren öffentlichrechtlichen, nationalen oder internationalen Vorschriften hat der Auftraggeber den Auftragnehmer im Innenverhältnis in vollem Umfang freizustellen, sofern dieser den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat. Der Einwand des Mitverschuldens bleibt für beide Parteien hiervon unberührt.

III. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

23. Regelungen zu Vergütung inklusive Rechnungsstellung, Aufrechnung / Zurückbehaltung, Pfand- und Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers

23.1. Grundlagen der Vergütung

Der Auftragnehmer hat Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen, die er den Umständen nach für erforderlich halten durfte und nicht zu vertreten hat, insbesondere für Gebühren und Kosten für behördliche Aufwendungen sowie alle Beschaffungskosten und Kosten, die durch behördliche Auflagen und sonstige Nebenbestimmungen entstehen, z. B. für Polizeibegleitung, für Verwaltungshelfer, für zivile Begleitung, und sonstige Kosten für behördlich angeordnete Sicherheitsvorkehrungen, soweit nichts anderes vereinbart wurde. Die Rechnungen des Auftragnehmers sind nach Erfüllung des Auftrages unverzüglich nach Rechnungserhalt zu begleichen, soweit bei Auftragserteilung nichts anderes vereinbart wurde.

23.2. Aufrechnung, Zurückbehaltung

Gegenüber Ansprüchen aus dem Vertrag und damit zusammenhängenden außervertraglichen Ansprüchen ist eine Aufrechnung oder Zurückbehaltung nur zulässig, wenn der fällige Gegenanspruch unbestritten, entscheidungsreif oder rechtskräftig festgestellt ist, es sei denn, beim Auftraggeber handelt es sich um einen Verbraucher.

23.3. Pfand- und Zurückbehaltungsrecht

Der Auftragnehmer hat wegen aller fälligen und nicht fälligen Forderungen, die ihm aus den in den Ziffern 2 bis 4 genannten Tätigkeiten gegenüber dem Auftraggeber zustehen, ein Pfandrecht und ein Zurückbehaltungsrecht an den in seiner Verfügungsgewalt befindlichen Gütern oder sonstigen Werten. Das Pfand- und Zurückbehaltungsrecht geht jedoch nicht über das gesetzliche Frachtführer- bzw. Vermieterpfandrecht und das allgemeine Zurückbehaltungsrecht hinaus. Hinsichtlich eines Pfand- und Zurückbehaltungsrechts wegen Forderungen aus anderen mit dem Auftraggeber abgeschlossenen Verträgen gilt § 366 Abs. 3 HGB. Der Auftragnehmer darf ein Pfand- und Zurückbehaltungsrecht wegen Forderungen aus anderen mit dem Auftraggeber abgeschlossenen Verträgen nur ausüben, soweit diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind oder wenn die Vermögenslage des Schuldners die Forderung des Auftragnehmers gefährdet. An die Stelle der in § 1234 BGB bestimmten Frist für die Androhung des Pfandverkaufs von einem Monat tritt in allen Fällen eine solche von einer Woche. Der Auftraggeber ist berechtigt, der Ausübung des Pfandrechts zu widersprechen, wenn er dem Auftragnehmer ein hinsichtlich der Forderung gleichwertiges Sicherungsmittel, z. B. eine selbstschuldnerische Bankbürgschaft, einräumt. Dies gilt auch für Zurückbehaltungsrechte.

24. Deutsches Recht, Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand, auch für Scheck- und Wechselklagen unter Kaufleuten, ist ausschließlich der Sitz des Auftragnehmers. Alle vom Auftragnehmer abgeschlossenen Verträge unterliegen dem deutschen Recht. Das gilt auch für ausländische Auftraggeber.

25. Regelungen zur Schriftform

Soweit für Erklärungen die Schriftform verlangt wird, steht ihr die elektronische Kommunikation und jede sonst lesbare Form gleich, sofern sie den Aussteller erkennbar macht.